

Berlin, den 25. November 2020.

Ausführungen von Michael Roth, Staatsminister für Europa, im Namen des Rates auf der
Plenartagung November II des Europäischen Parlaments

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments,

Ich bedauere, dass ich nicht persönlich bei Ihnen auf dieser Plenartagung anwesend sein kann, und ich möchte Präsident Sassoli für diese Gelegenheit danken, mich erneut schriftlich an Sie wenden zu dürfen. Ich werde diese Debatte von Deutschland aus sehr aufmerksam verfolgen.

Vielen Dank dafür, dass Sie den Ratsvorsitz eingeladen haben, Ihnen heute seine Ansichten mitzuteilen.

Das Thema dieser Debatte wirft wichtige Fragen in Bezug auf Medienpluralismus und die Medienfreiheit auf, die wesentliche Komponenten der Rechtsstaatlichkeit sind.

Sie werden sich darüber im Klaren sein, dass es nicht Sache des Rates ist, in bilaterale Angelegenheiten zwischen Mitgliedstaaten oder zwischen einem Mitgliedstaat und einem anderen Land einzugreifen; daher ist dieses spezielle Thema im Rat nicht erörtert worden.

Zwar sind in erster Linie die Mitgliedstaaten für die Wahrung des Medienpluralismus zuständig, für den Rat ist dies jedoch eine Frage von zentraler Bedeutung, und er wird am kommenden Freitag (27. November) Schlussfolgerungen annehmen, in denen die herausragende Bedeutung eines tragfähigen, pluralistischen und vertrauenswürdigen Mediensystems herausgestellt wird.

Die Rechtsstaatlichkeit ist ein wesentlicher Garant dafür, dass unsere gemeinsamen Werte gut geschützt sind und eingehalten werden - und sie ist auch die wesentliche Grundlage für die wichtigsten Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger.

Rechtsstaatlichkeit ist eine Priorität des deutschen Ratsvorsitzes. Deshalb haben wir einen neuen Ansatz für den jährlichen Rechtsstaatlichkeitsdialog des Rates entwickelt, der mit dem ersten Jahresbericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit verzahnt ist. Eine erste horizontale Diskussion fand am 13. Oktober im Rat (Allgemeine Angelegenheiten) statt. Letzte Woche haben die Ministerinnen und Minister für europäische Angelegenheiten eine länderspezifische Diskussion über fünf Mitgliedstaaten geführt.

Die erste länderspezifische Diskussion bot den Mitgliedstaaten eine wichtige Gelegenheit, auf offene und transparente Weise bewährte Verfahren und Bemerkungen auszutauschen. Ich war erfreut, dass wir einen politischen Dialog auf hoher Ebene geführt haben, der konstruktiv und zukunftsorientiert war und den Mitgliedstaaten Gelegenheit gegeben hat, voneinander zu lernen.

Der neue Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit ist ein nützliches Dokument von hoher Qualität, das gewährleistet, dass wir uns bei unseren Beratungen auf eine solide Faktenbasis stützen und gleichzeitig der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten gewahrt wird. Einer der vier zentralen Themenbereiche des Berichts hat Medienpluralismus und Medienfreiheit zum Gegenstand. Diese beiden Elemente sind wesentliche Voraussetzungen für Rechtsstaatlichkeit, demokratische Rechenschaftspflicht und die Bekämpfung von Korruption.

Für die Gewährleistung eines gesunden und pluralistischen Medienumfelds ist politische Unabhängigkeit von entscheidender Bedeutung. Deshalb sind Vorschriften, die eine direkte politische Einflussnahme verbieten, und ein solider, transparenter Rahmen für die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich von entscheidender Bedeutung.

Gleichzeitig kommt auch den Journalistinnen und Journalisten eine herausragende Rolle zu. Sie vor Bedrohungen, Angriffen und Verleumdungskampagnen zu schützen, ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für freie und pluralistische Medien.

Das wichtigste Instrument, das uns zur Verfügung steht, um die Grundrechte in diesem Bereich zu wahren, ist die EU-Charta der Grundrechte. In ihr sind das Recht auf Meinungsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Bildung und die Achtung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus festgeschrieben.

Die Charta ist integraler Bestandteil des Unionsrechts, und die Kommission als Hüterin der Verträge wacht über ihre Anwendung.

Wir sehen dem Europäischen Aktionsplan für Demokratie, den die Kommission demnächst vorlegen wird, erwartungsvoll entgegen. Dieses Dokument wird ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der demokratischen Integrität und zur Stärkung von Medienfreiheit und Medienpluralismus sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen eine konstruktive Debatte.
